No. 62. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 6. Februar 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: S. Prinzenstr. 41. SO. Kottbuserstr. 1. SO Sorauerstr. 29. O. Petersburgerstr. 2. NO. Gr. Frankfurterstr. 33 a. Gr. Frankfurterstr. 87. NO. Rykestr. 31. N. Schiffbauerdamm 1. N. Schulzendorferstr. 27 (am Wedingplatz). C. Königstraße 56/57. NW. Alt-Moabit 135. W. Potsdamerstr. 33. W. Bayreutherstr. 32. W. Leipzigerstr. 103. SW. Mittenwalderstraße 5. Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 und Berlinerstr. 73. Schöneberg, Hordergstr. 8. Charlottenburg, Kantstraße 34. Pankow, Berlinerstraße 135.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Krematorium und Kirche.

Für das in Zittau zu errichtende Krematorium hatte ein Architekt einen Entwurf ausgearbeitet, der im Aeußeren die bauliche Gliederung einer Kirche zeigte, hauptsächlich dadurch, daß dem Kirchenschiff ein das hohe Dach in markanter Weise überragender Turm vorgelagert war. Wie wir in der „Zittauer Morgenzeitung" lesen, hat jetzt das sächsische Ministerium des Innern im Einverständnis mit dem Kultusministerium diesem Entwurf die Genehmigung versagt. Es wird in dem Bescheide hervorgehoben, daß gegen die Errichtung einer Leichenverbrennungsanlage an sich nichts eingewendet wird. Doch heißt es weiter:

„Bevor jedoch die Genehmigung der Anlage erfolgen kann, sind zunächst andere Zeichnungen für das Aeußere des Gebäudes einzureichen, da die jetzt geplante Bauweise, wie auf Blatt 91 der Akten schon von dem Bauamt zu Zittau hervorgehoben ist, kirchlichen Formen zu sehr entspricht. Darin liegt eine künstlerische Unwahrheit, da die Leichenverbrennung keine kirchliche Bestattungsweise ist. Die kirchliche Gestaltung des Gebäudes würde geradezu ein kirchliches Aergernis geben.

So der Wortlaut der entscheidenden Stelle des Bescheides.

* * *

Wir unsererseits möchten dazu bemerken:

Die kirchliche Tendenz, die in dem Bescheide liegt, schießt vom Standpunkte der königlich-sächsischen Kirchlichkeit aus unbedingt über das Ziel hinaus. Nur kirchlich-intolerante und kirchlich-einseitig-voreingenommene Kreise können daran ein „Aergernis" nehmen, daß sich die Einäscherungshalle kirchlichen Bauformen nähert. Denn das Einäschern der Toten auf seite der langsamen Verwesung steht, wie selbst hervorragende christliche Theologen zugegeben haben, in keiner Weise der christlichen Lehre entgegen. Vom Standpunkte der christlichen Dogmenkorrektheit aus ist also der Einwand gegen die gewählte Bauform hinfällig. Von diesem Standpunkt aus ist mithin eine innere künstlerische Unwahrheit tatsächlich nicht vorhanden.

Dagegen aber — und das dürfen wir als Freunde und Förderer des Einäscherungswesens nunmehr um so bestimmter aussprechen — ist vom Standpunkte der Bauästhetik des Krematoriums aus allerdings eine innere künstlerische Unaufrichtigkeit festzustellen, wenn das Krematorium die Formen einer Kirche nachmacht. Wozu das? Die wahre Aesthetik der Architektur liegt darin, daß die Zweckbestimmung jedes Gebäudes einen dieser Bestimmung entsprechenden äußeren Ausdruck findet. Die verschiedensten Krematorien im In- und Auslande haben die Aufgabe der sinngemäßen architektonischen Durchbildung in klassischer Weise zu lösen vermocht, ohne im geringsten kirchliche Bauformen nachzuahmen. Ein Krematorium ist eben seiner Zweckbestimmung nach etwas anderes als eine Kirche, so wie eine Bahnhofshalle etwas anderes ist als eine Ausstellungshalle, ein Rathaus etwas anderes als ein Krankenhaus, ein Theater etwas anderes als ein astronomisches Observatorium. Jedes dieser Gebäude erheischt und erhält aus inneren Gründen eine ganz andere Bauform als das andere. Es liegt also nicht ein Atom innerer Begründung dafür vor, daß ein Krematorium äußerlich einer Kirche gleichgemacht werde. Im Gegenteil: es ist eine Verleugnung des Baugedankens, der sich mit dem Zweckgedanken zu decken hat, wenn man für ein Krematorium die äußeren Formen eines Kirchengebäudes in Anspruch nimmt. Mithin ist gerade vom Standpunkte der Leichenverbrennung aus das Zurückgreifen auf kirchlich-überlieferte Bauformen eine künstlerisch höchst bedenkliche, weil künstlerisch durchaus reaktionäre Sache.

Außerdem verletzt dieses Zurückgreifen auf unangebrachte Formen auch das historische Gefühl der Leichenverbrennungsfreunde. Wie die Dinge nun einmal liegen, jetzt sich die Einäscherung der Toten gegen die beschränkten Vorurteile kirchlicher Orthodoxie, gegen die offiziellen Zionswächter durch. Also entspricht es, abgesehen von der ehrlichen äußeren Darlegung des baulichen Zweckgedankens, der architektonischen Wahrhaftigkeit, wenn ein auf der Höhe der Aufgabe stehender Entwurf eines Krematoriums in markantem Gegensatz zu den landesüblichen kirchlichen Anlagen steht. Nicht — wie nochmals betont werden möge —, um rückständiger kirchlicher Anschauungen willen, sondern um der Frage der Einäscherung willen.

Hoffentlich findet sich ein Architekt, der aus diesen Gründen der Leichenverbrennung in baulich-architektlischer Hinsicht gibt, was ihr zukommt, und der Kirche läßt, was ihr zukommt.

Erbschaftssteuerhinterziehungen.

Wie aus Paris berichtet wird, schweben gegenwärtig zwischen Frankreich und Italien Verhandlungen wegen Abschlusses eines Uebereinkommens, das ähnlich dem mit England abgeschlossenen Abkommen insbesondere die Hinterziehung von Erbschaftssteuern verhindern soll. Die kürzliche Anwesenheit des früheren italienischen Finanzministers Luzzatti in Paris soll mit dieser Angelegenheit in Zusammenhang stehen

Das liberale Ketzergericht.

Wie wir erfahren, haben gestern die Herren Dr. Barth und v. Gerlach ihren Austritt aus dem geschäftsführenden Ausschuß des Liberalen Wahlvereins erklärt. Herr Dr. Barth äußert sich darüber in folgendem an den Abgeordneten Schrader gerichteten Brief:

Berlin, den 5. Februar 1908.

Herrn Reichstagsabgeordneten K. Schrader.

Lieber Freund!

Als wir am 13. Januar zu einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses zusammentraten, um die Konsequenzen der Haltung unserer Parteifremde im preußischen Abgeordnetenhause gegenüber der Bülowschen Wahlrechtserklärung zu erörtern, habe ich kein Hehl daraus gemacht, daß mir eine scharfe, offene Kritik auch innerhalb der eigenen Partei unerläßlich erscheine, um ein weiteres Abrutschen auf der durch die konservativ-liberale Paarung recht glatt gewordenen Bahn nach rechts — wenn irgend möglich — aufzuhalten. Um für eine solche Kritik freien Raum zu haben, erklärte ich meinen Austritt aus dem geschäftsführenden Ausschuß. Nur der lebhafte Wunsch unserer Kollegen im geschäftsführenden Ausschuß, den Schritt nicht zu tun, bevor nicht die Fraktionsgemeinschaft des Reichstages Gelegenheit gehabt habe, erneut Stellung zu der sogenannten Bülowschen Blockpolitik zu nehmen, bestimmte mich, von meiner Absicht einstweilen zurückzutreten. Die Haltung der Fraktionsgemeinschaft am 22. Januar im Reichstage, die es Ihnen unmöglich machte, den Beschluß unseres erweiterten Vorstandes vom 19. Januar auszuführen, und die Bemühungen eines beträchtlichen Teiles dieser Gemeinschaft, eine freimütige Kritik an den politischen Handlungen der eigenen Partei einzuschränken, haben mich erneut zu der Ueberzeugung gebracht, daß es der demokratischen Sache, welcher zu dienen ich bestrebt bin, förderlicher ist, wenn ich durch Ausscheiden aus dem Geschäftsführenden Ausschuß jener Rücksichten entboben bin, die ich bisher in dieser Stellung glaubte nehmen zu sollen.

Ich bitte danach die Erklärung meines Austritts aus dem geschäftsführenden Ausschuß nunmehr als eine definitive ansehen zu wollen.

Meine sonstigen Beziehungen zum liberalen Wahlverein bleiben von dieser Erklärung unberührt.

Mit besten Grüßen

Ihr
freundschaftlich ergebener
Theodor Barth.

Auch Herr v. Gerlach hat, wie wir hören, mit einer ähnlichen Begründung seinen Austritt angezeigt.

Als eine „glänzende Niederlage"

entpuppt sich jetzt das „glänzende Gefecht", das nach einem Telegramm des Generals d'Amade die französischen Truppen vor einigen Tagen bei Dark Sebar in der Nähe von Settat mit den Marokkanern, und zwar mit Truppen des Gegensultans Muley Hafid, hatten. Die französische Regierung verhält sich jetzt vollkommen schweigsam. Das gibt jedenfalls sehr zu denken. Dagegen sind in London Meldungen aus Tanger eingetroffen, wonach die französischen Truppen geschlagen worden sind und nach schweren Verlusten zur Kasbah von Mediuna zurückgekehrt sind. Nach derselben Quelle soll die Armee des Gegensultans Muley Hafid 25,000 Mann stark gewesen sein und zwanzig Feldgeschütze mit sich geführt haben. Die Zahl der Truppen Muley Hafids ist sicher übertrieben; das scheint festzustehen, daß sich die in Marokko operierenden französischen Truppen in einer sehr kritischen Lage befinden. Denn seitens der französischen Regierung ist bereits

Die Entsendung des Kolonialarmeekorps,

das aus drei Divisionen besteht, nach Marokko in Aussicht genommen worden. Der Pariser „Matin" meldet:

Die französische Regierung hat im Hinblick auf die Lage in Marokko für alle Fälle den Befehl erteilt, die Mobilisierung des Kolonialarmeekorps vorzubereiten. Dieses Armeekorps, dessen Oberbefehl der General Archinard hat, besteht aus drei Divisionen, von denen die erste in Paris, die zweite in Toulon und die dritte in Brest steht.

Nach einem weiteren Telegramm aus Paris wird in den Wandelgängen der Kammer erzählt, daß Jaurès die Absicht habe, anläßlich des Gefechts von Dark Sebar in der heutigen Sitzung eine Interpellation über die marokkanischen Angelegenheiten einzubringen.

Muley Hafid und der heilige Krieg.

Aus Fes wird berichtet, daß dort in der Moschee ein Brief des Sultans Muley Hafid verlesen worden sei, in dem es unter anderem heißt: Wenn der heilige Krieg beendet und kein lebender Christ mehr in Marokko sein werde, dann werde er nach Fes kommen. Vorläufig sende er Muley Reschid mit einer starken Armee als seinen Vertreter dorthin. Nach der Wiedereinnahme von Casablanca hoffe er, Udschda wieder einzunehmen, um die alte Grenze wieder herzustellen.

Ein anderer Brief Muley Hafids ladet mehrere Einwohner von Fes ein, zu ihm zu kommen zu einer Besprechung bezüglich des heiligen Krieges.

Ein überschwengliches Lob

spendete gestern im amerikanischen Senat der Senator Beveridge, einer der Führer der amerikanischen Schutzzöllner, dem deutschen Zolltarif. Aus Washington wird berichtet:

Der Senator Beveridge erklärte in einer Rede, die er zugunsten der Ernennung einer Tarifkommission hielt, Deutschland habe das beste Tarifsystem der Welt. (!) Es sei besser als jedes andere dazu eingerichtet, sich veränderten Umständen anzupassen. Aus diesem Grunde sei Deutschland der übrigen Welt in der Steigerung des Außenhandels überlegen. Deutschland habe sein Tarifsystem mit wissenschaftlicher Gründlichkeit (!) aufgebaut. Amerika müsse die Tarifrage jetzt in demselben Sinne behandeln, wie Deutschland dies getan habe, das sein Fortschreiten auf industriellem Gebiete seinen auswärtigen Märkten verdanke. Die Auslandsmärkte seien für die amerikanische Industrie jetzt ebenso wichtig wie für Deutschland.

Herr Beveridge scheint das deutsche Tarifsystem sehr schlecht zu kennen. Wenn er eine Ahnung davon hätte, welche verhängnisvollen Wirkungen der neue deutsche Zolltarif auf das Erwerbsleben Deutschlands ausübt, so würde er sicherlich mit seinem Lobe zurückhaltender sein.

Die Lehren des Attentats.

Das jetzt zur Regierung berufene portugiesische Kabinett ist offenbar bestrebt, die Lehren des Attentats, dem der König Carlos und sein ältester Sohn zum Opfer gefallen sind, zu beherzigen. Es hat sich zur Beseitigung der von Franco eingerichteten Diktatur entschlossen. Ein Telegramm aus Lissabon meldet uns:

König Manuel hat zwei Verfügungen, die die Preßfreiheit beschränken, aufgehoben, sowie eine andere, die die Vollmachten des Untersuchungsrichters dem Angeklagten gegenüber unbeschränkt erweiterten. Der Verwaltungsausschuß, der den Stadtrat von Lissabon ersetzt hatte, hat abgedankt, dasselbe wird wahrscheinlich auch in den anderen Orten eintreten, und neue Gemeindewahlen werden stattfinden. Es wird versichert, daß der König beim Empfang der Minister deutlich seine Absicht ausgesprochen habe, der Verfassung unerschütterlich treu zu bleiben und niemals auf die Diktatur zurückzugreifen. Auf Ministerbeschluß hin soll der Kammerpräsident ein Progressist sein.

Nach Meldungen der Lissaboner Blätter ist den politischen Gefangenen gestattet worden, ihren Familien unter offenem Umschlag zu schreiben.

Alle Gouverneure und fast alle Behörden haben ihre Aemter niedergelegt.

Der neue König soll ferner auf die von Franco verfügte Erhöhung der königlichen Apanage um 800,000 Francs verzichtet haben.

Wo ist Franco?

Seit dem Attentat ist Herr Franco in Lissabon unauffindbar. Man vermutet, daß er entweder in das Ausland geflohen sei oder sich in Lissabon versteckt halte. Nach Privatdepeschen, die aus Madrid in Paris eingetroffen sind, glaubt man, daß Franco heute in Madrid eintreffen werde.

Einstweilen begnügt sich Herr Franco damit, der neuen Regierung in seinem Organ, dem „Diario Ilustrado" seine Ergebenheit kundzutun. Er erklärt darin, er werde der Monarchie mit allem Eifer dienen, sich jeder Polemik bezüglich des früheren Kabinetts enthalten, und spricht dann dem neuen Kabinett seine Anerkennung aus.

Dem Kabinett wird diese Anerkennung nicht zur Empfehlung gereichen.

Aus Lissabon wird noch berichtet:

Der Zustand des Königs Manuel hat sich erheblich gebessert. Seine Umgebung bemüht sich, ihn zu bewegen, nicht an dem Leichenbegängnis teilzunehmen.

König Karl von Portugal hatte sein Leben bei drei Gesellschaften versichert, und zwar bei der einen für 5000, bei einer anderen für 1,500,000 und bei der dritten für 250,000 Pfund Sterling.

Bei dem Attentat waren von der Polizei drei Personen getötet worden, die die Beamten in ihrer sinnlosen Verwirrung für die Mörder gehalten hatten. Es wurde bereits mitgeteilt, daß die Unschuld zweier der Getöteten erwiesen sei. Nach einem heutigen Telegramm aus Lissabon ist jetzt amtlich festgestellt worden, daß auch die dritte der Personen, die nach dem Anschlag auf König Carlos getötet wurden, an dem Morde in keiner Weise beteiligt war.

Der Korrespondent des Madrider Blattes „El Mundo" in Lissabon schreibt, es bestätige sich, daß in Oporto mehrere revolutionäre Gruppen die Polizei und die Munizipalgarden angegriffen hätten, und daß es ihnen gelungen sei, für einige Augenblicke die republikanische Flagge auf dem Stadthause zu hissen.

Zu Lärmszenen

kam es in der gestrigen Sitzung der serbischen Skupschtina bei der Beratung auf Gewährung einer Apanage für den Kronprinzen. Aus Belgrad wird darüber berichtet:

Stojanowitsch (jungradikal) sprach sich gegen die Einstellung der Apanage aus: der Kronprinz habe selbst erklärt, eine Apanage abzulehnen. Der Redner beschwerte sich ferner über Polizeiwillkür und führte als Beispiel an, daß ein Mitglied der Regierungspartei, das vor kurzem einen Jungradikalen wegen dessen Weigerung, in die Regierungspartei einzutreten, durch einen Revolverschuß verletzt habe, sich noch in Freiheit befinde. Als der Minister des Innern auf diese Beschuldigung antwortete, erhob sich ein großer Lärm, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung warf der Berichterstatter der Minderheit Joffimowitsch (jungradikal) dem Ministerpräsidenten vor, er wolle dem Könige eine Apanage aufzwingen, um ihn sich zu verpflichten; der Ministerpräsident handle inkorrekt gegen den König und den Kronprinzen.

Gerettet.

Aus Blidah (Algerien) wird berichtet: Die Abteilung von 30 Mann, die auf dem Pic Ferruka sechs Tage lang infolge andauernden Schneesturmes von jeder Verbindung abgeschlossen war, wurde von einer Rettungskolonne nach Blidah zurückgebracht.